



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Gerade in dem Augenblick, als die beiden vorbeigingen, wurde es auch an dem einzigen noch erleuchteten Fenster dunkel.

Er ist schlafen gegangen, sagte Zeisig.

Den Vater Hahn überriefelte es kalt wie Gruseln. Der alte Schützengeist? fragte er flüsternd.

Nee, sagte Zeisig ernsthaft: der schläft überhaupt nicht.



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Eine Stimme für die Gymnasiallehrer aus Universitätskreisen. Die deutschen Gymnasiallehrer, oder sagen wir lieber der höhere Lehrerstand in Deutschland, ist durch Wohlwollen von den Universitätslehrern nicht eben verwöhnt worden. Den schweren Kampf um die Erhaltung der humanistischen Bildung haben sie ihn allein durchfechten lassen, und erst in der entscheidenden Berliner Pflingstkonferenz des Jahres 1900 haben angesehenen Universitätsprofessoren, und zwar keineswegs nur Philologen, für diese Bildung, also auch für die Arbeit ihrer Vertreter, der Gymnasiallehrer, ihre Stimme erhoben. Um so erfreulicher und dankenswerter ist es, wenn jetzt Friedrich Paulsen, den man bisher nicht gerade als einen besondern Freund der humanistischen Gymnasien betrachten konnte, in einem Artikel des Dezemberhefts der Preussischen Jahrbücher: „Der höhere Lehrerstand und seine Stellung in der gelehrten Welt“ diese Angelegenheit einmal von einem höhern Standpunkt als dem lange stark in den Vordergrund gerückten materiellen ins Auge faßt. Wir ergreifen gern die Gelegenheit, auf diese Ausführungen hier etwas näher einzugehen, da sie mit dem, was die Grenzboten seit langer Zeit von anderer Seite her verfochten haben, in allem wesentlichen übereinstimmen, und erlauben uns zugleich, sie durch einige Einzelheiten zu erweitern.

Paulsen stellt zunächst fest, was ganz unbestreitbar ist, daß die Geltung der Gymnasiallehrer in der gelehrten Welt nicht mehr so günstig sei wie in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts. Damals habe bei Anstellungen namentlich von Direktoren vor allem ihre wissenschaftliche Bedeutung, ihre literarische Leistungsfähigkeit entschieden. Natürlich, damals waren die Anstalten klein, die Zahl der Schüler nicht groß, die Korrekturlast und für die Direktoren die Verwaltungslast mäßig, die Ansprüche, die das Leben an den Lehrer und dieser an das Leben stellte, bescheiden, Zeit zu wissenschaftlicher Beschäftigung und literarischer Produktion vorhanden, und diese selbst noch ohne einen allzugroßen wissenschaftlichen Apparat, den sich der einzelne der Hauptsache nach selbst beschaffen konnte, also auch in kleineren Städten möglich. Darum konnte in Universitätsstädten nicht nur ein Gymnasialdirektor, sondern fast noch leichter ein anderer Gymnasiallehrer ohne Schwierigkeit mit seinem Lehramt eine Dozentur oder eine außerordentliche Professur an der Universität verbinden, und Berufungen von Gymnasiallehrern in Professuren waren nichts seltenes, wie z. B. Leopold Ranke vom Gymnasium zu Frankfurt a. O. weg an die Universität Berlin berufen worden ist. Das alles hob den Gymnasiallehrerstand in den Augen des Publikums trotz seiner noch sehr bescheiden materiellen Ausstattung und machte diese Laufbahn zu einer der ehrenvollern.

Obwohl sich nun die Gehalts- und Rangverhältnisse in den letzten Jahrzehnten sehr gebessert haben, so ist doch von den wertvollern, mehr innerlichen Vorzügen der frühern Stellung des Gymnasiallehrerstandes heutzutage wenig mehr übrig.

Die Zahl der Schüler und der Klassen ist oft über das Doppelte und das Dreifache des frühern Standes gestiegen, die großstädtischen Gymnasien sind alle Doppelanstalten mit 30 bis 40 Lehrern und 500, 600, 700 Schülern (in Preußen oben drein mit Vorklassen), in oft überfüllten Klassen. Dementprechend sind die Korrekturlasten und die Anstrengung, die der Lehrer in der Stunde selbst aufwenden muß, sowie die Verwaltungsarbeiten des Rektors, für deren Vermehrung gelegentlich auch noch die Behörden durch neue Ansprüche freundlich sorgen, gewachsen, und die Mühe zu wissenschaftlicher Beschäftigung oder gar zu litterarischer Produktion verkürzt oder ganz zerstört, zumal da die sogenannte Normal- oder Pflichtstundenzahl unbegreiflicherweise nicht etwa herabgesetzt, sondern erhöht worden ist, zum Teil unter wohlwollender Mitwirkung eines Landtags. Erschwerend wirken noch die ungeheure Vermehrung des gelehrten Apparats, den heute fast jede wissenschaftliche Arbeit fordert, und den nur noch große Bibliotheken bieten, wie sie in Mittel- und Kleinstädten gar nicht zur Hand sind, das Sinken der Altertumswissenschaft in der allgemeinen Schätzung und sogar in ihrer Bedeutung für die Schule, die nicht mehr die alte Gelehrtenschule ist, die ganz überwiegende Rücksicht auf das administrative Geschick der Direktoren und die pädagogische Tüchtigkeit der Lehrer bei der Anstellung, und die daraus folgende Hochschätzung einerseits einer möglichst vielseitigen Verwendbarkeit, die es dem Kandidaten nahe legt, sich neben den beiden „Hauptfakultäten“ auch noch ohne jedes innere Interesse einige „Nebenfakultäten“ in oft weit voneinander abliegenden Fächern, etwa in Religion, Französisch und Turnen, zu erwerben, andrerseits die Einführung des „Seminarjahrs“ in Preußen neben dem längst bestehenden Probejahr, die auf einer von den Volksschullehrerseminarien eingeschleppten Überschätzung des Werts der „Methode“ für die höhern Unterrichtsstufen beruht und den jungen Lehrer in den besten freischestten Jahren zu einer halben, also unbefriedigenden Thätigkeit verurteilt. Aber auch die Universitäten tragen einen Teil der Schuld an dieser Verschlechterung und zwar durch zweierlei. Unter vier Jahren Studium kommt heute ein Philolog schwerlich zur Staatsprüfung, die ihn wieder ein Halbjahr kostet; hat er etwa, wie das heute meist geschieht, die Doktorarbeit noch vorher zu beenden und von dem Professor ein zu schwieriges Thema bekommen, worin ziemlich oft ganz unverantwortlich gesündigt zu werden scheint, so nimmt dieses seine beste Zeit semesterlang in Anspruch, hindert seine allgemeine wissenschaftliche Ausbildung zu Gunsten eines vielleicht ziemlich unfruchtbaren Spezialstudiums und schiebt den Termin der Staatsprüfung, also weitaus der Hauptsache, zuweilen unverhältnismäßig hinaus. Da nun bei den meisten vor oder nach der Studienzzeit noch das Militärjahr liegt, so kommt ein junger Mann, der im günstigen Falle etwa mit 19 Jahren die Schule verlassen hat, im besten Falle mit 24 bis 25 Jahren zur Staatsprüfung — und in Preußen — mit 26 oder 27 Jahren, wenn das Glück gut ist, zu einer Hilfslehrerstelle; dann wird er zunächst natürlich in den untersten Klassen beschäftigt, kann von dem, was er auf der Universität gelernt und getrieben hat, gar nichts brauchen, muß vielmehr vieles lernen, was er dort nicht gelernt oder wieder vergessen hat, findet zu wissenschaftlichen Arbeiten kaum Zeit, in kleinen Städten auch kaum Gelegenheit, dagegen den Früh- und Abendschoppen angenehm und — versimpelt, wird zum Lehrhandwerker. Energischere, strebsamere Naturen unterliegen natürlich dieser Gefahr nicht, aber sie besteht für recht viele, und die Schuld daran trifft zum Teil die unnatürlich verlängerte Studienzzeit, also die Universitäten, die zwar die reine Wissenschaft lehren, aber dabei den künftigen Beruf ihrer Studenten nicht vergessen sollen. Die zweite von Paulsen betonte Gewohnheit ist die heute thatsächlich bestehende zunftmäßige Abschließung der Universitäten. Wie in den alten Zünften der Lehrling zum Gesellen, der Gesell zum Meister aufstieg, so heute der junge Akademiker vom Privatdozenten zum außerordentlichen Professor und zum Ordinarius. Nur durch dieses Fegefeuer geht er zum Paradiese ein. Außer dieser Ordnung an eine

Universität berufen zu werden, dazu hat auch der wissenschaftlich tüchtigste Gymnasiallehrer, auch wenn er vielleicht Mitglied einer wissenschaftlichen Akademie geworden ist, heutzutage kaum noch Aussicht; ehe nicht in jedem Falle der akademische Nachwuchs berücksichtigt worden ist, kommt ein außerhalb dieser Kreise stehender gewiß nicht an die Reihe, sollte er auch seine akademischen Mitbewerber um ein beträchtliches übertreffen; beiläufig eine Folge des meist maßgebenden Vorschlagsrechts der Fakultäten. So wird den Gymnasiallehrern auch dieses Ziel wissenschaftlicher Arbeit versperret, wenn sie sich nicht trotz aller Hindernisse, oft mit bedenklicher Überspannung ihrer Kräfte, habilitieren, was aber eben deshalb „oben“ aus Rücksicht auf die Schule ganz begreiflicherweise nicht gern gesehen und jedenfalls nicht gefördert wird. Das alles zusammengenommen schreckt trotz der anerkanntswerten und im wesentlichen ausreichenden Gehaltsaufbesserung und der Hebung der äußerlichen Stellung von der höhern Lehrerlaufbahn geradezu ab. Der Stand, der die Jugend unsrer gebildeten Stände erziehen soll, kommt also in die Gefahr, allzuvielen Elemente aus sozial tiefer stehenden Schichten aufzunehmen und dadurch selbst hinabzusinken; ja auch Gymnasiallehrer, und gerade sie, lassen ihre Söhne nur selten ihre eigne Laufbahn einschlagen.

Diese Übelstände, die hier weiter ausgeführt worden sind als von Paulsen, erfordern ohne Zweifel die ernsteste Beachtung der Unterrichtsverwaltungen und der Universitäten, denn sie gefährden das gesamte Gymnasialwesen. Sehr einverstanden sind wir deshalb mit den Verbesserungsvorschlägen Paulsens. Zur Hebung der wissenschaftlichen Arbeit, also des wissenschaftlichen Charakters des Gymnasiallehrerstandes will er höhere Einschätzung solcher Arbeit bei Berufungen namentlich von Direktoren, Unterstützung solcher Lehrer, die sich mit größeren Aufgaben derart beschäftigen, durch Stipendien und längern Urlaub, Wiedereinführung der aus kleinlicher Sparsamkeit eingeschränkten oder ganz abgeschafften wissenschaftlichen Beigabe zum Jahresbericht, die den Lehrern einen heilsamen und allgemein wirksamen Ansporn zu wissenschaftlicher Beschäftigung geben und neben Wertlosem sehr viel Tüchtiges geliefert haben — eine wohlthuende Anerkennung nach so vielen absprechenden Urteilen —, weiter Berufung besonders tüchtiger Gymnasiallehrer an Universitäten, die von solchen pädagogisch erfahrenen Leuten nur gewinnen könnten, Entlastung durch Herabsetzung der sogenannten Pflichtstundenzahl und durch Zerlegung der Doppelgymnasien in einfache Anstalten. Mit Ausnahme dieser letzten Maßregel fordert keins von den vorgeschlagenen Mitteln einen großen Kostenaufwand, sondern nur einigen guten Willen bei den Unterrichtsverwaltungen und Kollaturherrschaften. Man wird annehmen dürfen, daß es daran nicht fehlen könne, wenn so wichtige allgemeine Interessen auf dem Spiele stehn. *

Eine Philosophie des Geldes. Georg Simmel ist ein philosophischer Tiefbohrer und zugleich ein Filigranarbeiter. Wer die Anstrengung nicht scheut, die mit der Betrachtung spekulativer Feinarbeit verbunden ist, der wird aus seiner Philosophie des Geldes (Leipzig, Duncker und Humblot, 1900) nicht allein Belehrung, sondern auch Genuß schöpfen. Das Buch zeigt, wie das Geld sowohl als Symbol wie als mächtig wirkende Kraft mit allen Lebensgebieten auf das innigste verflochten ist, und deckt die überraschendsten Parallelen und Wechselwirkungen auf zwischen ihm und der Religion, der Politik, der Ästhetik, der Liebe und selbstverständlich dem gesamten Wirtschaftsleben. Die befreienden Wirkungen der Geldwirtschaft verfolgt Simmel durch alle historischen Verschlingungen. Auch er macht klar, daß jeder Befreiung eine neue Bindung entspricht, daß alle Befreiungsakte nur Veränderungen, Verschiebungen und andre Verteilungen von Bindungen sind, und daß die wesentliche Änderung, die der Übergang zur Geldwirtschaft hervorbringt, in dem Ersatz der persönlichen Abhängigkeiten durch die

Abhängigkeit von gesellschaftlichen Verhältnissen und Funktionen besteht. Daß die Geldwirtschaft mit ihren ungeheuern unwälzenden Wirkungen eine Notwendigkeit für die Kulturentwicklung gewesen ist, und in welchem Grade das Geld das Leben erleichtert — versteht sich denen, die welches haben —, lehrt uns Simmel aufs deutlichste einsehen, aber er verbirgt uns auch nichts von den Schattenseiten des modernen Amerikanismus: der Charakterlosigkeit einer ganz geldwirtschaftlich organisierten Bevölkerung, der Gemütsleerheit des Menschen, dem Geldspekulation und Gelderwerb Religion geworden sind, der Zwecklosigkeit eines Daseins, dem jeder höchste Endzweck entschwunden ist und das, was seiner Natur nach nur Mittel, reines Mittel sein kann: das Geld und die Maschine, als einziger Lebenszweck übrig bleibt. Die Betrachtung der Teleologie führt den Verfasser zum aristotelischen Gottesbegriff zurück, indem er meint, Gott könne keine Zwecke haben, weil er keiner Mittel bedürfe, sondern alles, was er wolle, unmittelbar verwirkliche. Da sich das doch schon von Ewigkeit her so verhalten haben muß, erscheint die Möglichkeit einer Schöpfung, überhaupt eines Hinausgehens der göttlichen Substanz aus sich selbst, undenkbar. Daß die Auflösung aller persönlichen Abhängigkeiten folgerichtig zum Sozialismus führt, wird natürlich auch in dieser Darstellung klar, zugleich aber auch, wie utopisch das Ziel des Sozialismus und wie falsch seine heutige wissenschaftliche Grundlage ist: der marxische Wertbegriff und die Lehre vom Mehrwert. „Keine Zeile dieser Untersuchungen ist nationalökonomisch gemeint,“ sagt die Vorrede, aber auch der Nationalökonom zieht nicht geringen Nutzen daraus. So z. B. überzeugt uns Simmel davon, daß zwar die Tendenz der Entwicklung dahin geht, das Wertsymbol, das zugleich Mittel der Übertragung des Wertbesitzes ist, von seinem materiellen Träger, dem Edelmetall, abzulösen (je fester und wertvoller die gesellschaftlichen Beziehungen werden, desto gebrechlicher und wertloser darf ihr Symbol sein), daß aber diese Ablösung nie vollständig gelingen kann, sondern dem Symbol ein wenn auch noch so kleiner Rest von Substanzwert verbleiben muß, wie auch die sublimste Seelenliebe einen Erdenrest von Sinnlichkeit nicht abstreifen kann. Gelänge die Loslösung vollständig, wäre das Geld wirklich gar nichts mehr, als der Ausdruck und das Mittel der Beziehung der Menschen zu einander, ihres Aufeinanderangewiesenseins, „so würde es im Ökonomischen jene höchst merkwürdige Vorstellung verwirklichen, die der platonischen Ideenlehre zum Grunde liegt. . . . Die Dinge, nach ihrem ökonomischen Werte geordnet und verzweigt, bilden einen ganz andern Kosmos, als ihre naturgesetzliche unmittelbare Realität es thut. Wenn das Geld nun wirklich nichts wäre, als der Ausdruck für den Wert der Dinge außer ihm, so würde es sich zu diesen verhalten wie die Idee, die sich Plato ja auch substantiell, als metaphysisches Wesen vorstellt, zu der empirischen Wirklichkeit. Seine Bewegungen: Ausgleichungen, Häufungen, Abflüsse — würden unmittelbar die Wertverhältnisse der Dinge darstellen.“ Es ist charakteristisch für das Buch, daß darin kein Autor so oft genannt wird wie Plato und keiner so viel benutzt wird wie Ehrenberg, der Geschichtschreiber des Zeitalters der Jigger; man wird nicht leicht zwei Autoren finden, die so weit entfernt voneinander an den äußersten Polen der geistigen Weltachse stünden. Um von den vielen merkwürdigen Beziehungen, die Simmel aufdeckt, nur noch eine zu erwähnen, die mit der Papierwährungsfrage zusammenhängt: in der Schwärmerei der Sozialisten für ein Arbeitsgeld sind auch ihre antimonarchischen Instinkte wirksam, da das wertbeständige, unzerstörbare Gold ein Symbol der unsterblichen Erbmonarchie und ist die Geldwirtschaft die Zentralgewalt nicht wenig stärkt.

Frau Potiphar. In der Reichstagsitzung vom 5. Dezember sprach der Handelsminister Möller in Erwiderung auf eine Anzuspung Eugen Richters von Joseph als dem „Handelsminister des Herrn Potiphar,“ worauf ein Abgeordneter der deutschen Reformpartei (unter stürmischer, sich mehrmals wiederholender, an-

haltender Heiterkeit des Hauses) ihm bedeutete, daß er die Bibel nicht kenne, indem doch Herr Potiphar vielmehr eine Frau gewesen sei. Daß vielmehr der antisemitische Herr selbst nicht im Alten Testament zu Hause war, ist ebensowenig zu verwundern, wie daß für den haut-goût nur eine „Frau Potiphar“ in Frage kommen kann. Aber zu unsrer Bildung gehört doch noch immer ein Stück Altes Testament, und da verdient es niedriger gehängt zu werden, daß im ganzen Reichstag niemand diesen Teil seiner Bildung so präsent hatte, daß er dem Minister sagen konnte, daß er Recht hätte und nicht der Abgeordnete Vogel. Beinahe noch weniger gefällt uns die ewige Heiterkeit, zu der der Reichstag bis jetzt noch keinen Anlaß hat. Den seinen Chinesen ist das viele laute Lachen an uns Deutschen geradezu widerwärtig, und das Zeitalter, das ein bekanntes deutsches Sprichwort gebildet hat, muß dafür auch noch eine Empfindung gehabt haben. Es mag lange nicht so schlimm sein, wie wenn man sich prügelt in den Parlamenten, wie in Wien oder Paris, aber schön ist es gewiß nicht, und wir erinnern uns, wie auch im Landtage in Berlin, als die Kanalvorlage in hoffnungslosen Debatten immer tiefer und tiefer versank, und man höchstens noch Verdruß hätte haben können über soviel vergeblich gethane Arbeit, die Heiterkeit des hohen Hauses immer höher stieg und zuletzt, in einer Art pro nihilostimmung, das Gelächter fast permanent wurde. Das sind keine schönen Sachen — und wenn das nun gleich ähnlich wieder losgeht, so kommt uns eine bekannte, etwas anzügliche Anekdote in den Sinn, die in das Schlußwort ausläuft: Die Woche fängt schön an.

Die Kopfmaße Bismarcks und Napoleons I. Bei der Besprechung des Bismarckdenkmals vor dem Reichstagsgebäude schrieb Professor Delbrück (Zuliste der Preussischen Jahrbücher): „Die ältere Bismarckbüste von Vegas hat große Ähnlichkeit mit Lenbachs Auffassung in verschiedenen Porträts. Sehr charakteristisch, aber idealisiert. Bismarck hatte weder die übergroßen Augen, noch die sehr hohe Stirn, und namentlich hatte er einen im Verhältnis zu seinem mächtigen Körper auffallend kleinen Kopf.“ Dieses Urteil ist verfehlt. Auch wir haben den Reichs-Erzkanzler im Reichstage und außerhalb gesehen und geben zu, daß die Stirn Ludwig Bambergers höher war als die Bismarcks. Bismarcks Augen waren nicht übergroß, aber groß, und sie wetterleuchteten mitunter. Der Kopf erschien nicht besonders groß, aber gehörig groß auf seinem Rumpfe; es lag Ebenmaß in der ganzen Gestalt. Gegen den „auffallend kleinen Kopf,“ den Delbrück gesehen hat, spricht das Centimetermaß. Der Schädel Bismarcks — das stand schon zu seinen Lebzeiten in den Blättern — hatte 62 Centimeter Umfang, während das Männerkopfmaß durchschnittlich 56 beträgt. Sicher füllen manche historische Größen sein Maß aus. Den Kometenbahner Ende — ihm paßte kein Hut im Hutladen, für ihn mußte erst einer angefertigt werden — und Alexander von Humboldt können wir mit Sicherheit nennen. Umfangreichere Köpfe mußte Delbrück erst namhaft machen. Im Museum zu Gotha wird unter schützender Glasglocke der Dreimaster Napoleons I. aufgehoben, der bei einem Besuch des Kaisers auf Schloß Friedenstein zurückgeblieben war. Eine Messung des Hutes ergab für den Kopf Napoleons etwas über 59 Centimeter. Also fast 3 Centimeter Unterschied zwischen Bismarck und Napoleon! Wir beabsichtigen nicht aus diesem einen Merkmal schon phrenologische Folgerungen zu ziehen. Doch würde ein umfassender Vergleich zwischen dem ersten Manne aus dem Anfange des neunzehnten Jahrhunderts und dem ersten Manne vom Ende desselben Jahrhunderts ein lehrreiches Ergebnis liefern. Ihr Gegensatz ist groß. Bismarck war nicht Strateg und Feldherr wie Napoleon, aber dieser auch kein Parlaments- und Volksredner, auch kein diplomatischer Referent wie Bismarck. Es würde nicht schwer halten nachzuweisen, auf welcher Seite die größere staatsmännische Einsicht und Gestaltungskraft lag, und wer die gedankenreicheren Memoiren geschrieben hat. Der Anbahner und Hersteller des Deutschen

Reichs nach Moltkes Siegen über Österreich und Frankreich wies sich als Kenner seiner Landsleute und des Auslands, als Vaterlandsfreund und treuer Diener seines Königs und Kaisers aus. Der Korse war lange Zeit glücklicher Eroberer und stieg als solcher in Ehrgeiz und Herrschsucht zum Empereur der Franzosen empor.

Zur Einheitsmarke. Durch das ganze Reich herrscht berechtigte Freude über das Zustandekommen der für das Reichspostgebiet und für Württemberg geltenden Einheitsmarke, und wir Schwaben haben in den letzten Tagen mit Genugthuung erfahren, daß das wichtigste Verdienst an dieser Einigung dem früheren württembergischen Ministerpräsidenten von Mittnacht zufällt. Ein kleines Bedenken ist dem Schreiber dieser Zeilen nur wegen der beabsichtigten Aufschrift der neuen Marken aufgestiegen. War es schon bisher störend, daß Marken mit der Aufschrift „Reichspost“ in Württemberg und Bayern keine Gültigkeit hatten, so konnte man z. B. dem Ausländer gegenüber, der seine Verwundrung über diesen Zustand äußerte, sich zur Not damit salbieren, daß man auf die Nichtzugehörigkeit der beiden größten süddeutschen Staaten zur Reichspost hinwies. Die neuen Marken sollen aber die Aufschrift: Deutsches Reich tragen. Ja, wenn nun jemand nach dem 1. Januar 1902 von irgend einer nichtbayerischen deutschen Bahnstation aus ins Bayerland fährt, dort einen zu Hause mit Marke versehenen Brief in den Schalter legen will, aber bedeutet wird, daß der Brief als nichtfrankiert angesehen werde, und nun fragt: Sind wir denn nicht mehr im Deutschen Reich? Was soll und kann der für eine Antwort erhalten? Unsre guten Freunde, die Engländer, die so gern in Deutschland reisen und so gern deutsche Einrichtungen lächerlich zu machen suchen (man lese einmal das vor kurzem erschienene Buch eines ihrer beliebtesten Unterhaltungsschriftsteller: *Three men on the bummel*, von Jerome K. Jerome), würden sich diese Merkwürdigkeit kaum entgehen lassen.

Der historisch-geographische Abreißkalender des Bibliographischen Instituts mit seinen tausenden von nützlichen und interessanten Notizen, Sprüchen und Versen und seinen hunderten von Landschafts- und Städteansichten, Porträts, ethnologischen, kultur- und kunstgeschichtlichen Darstellungen, Autographen, Münzen- und Wappenbildern ist, nunmehr zum sechstenmal, für das nächste Jahr erschienen. Für jedermann nützlich wird er insbesondere für unsre größern Zungen wieder eine Freude, ein Schmuck für ihre Arbeitsstube und das ganze Jahr eine Quelle von Belehrung sein.

Zur Beachtung

Mit dem nächsten Hefte beginnt diese Zeitschrift das 1. Vierteljahr ihres 61. Jahrganges. Sie ist durch alle Buchhandlungen und Postanstalten des In- und Auslandes zu beziehen. Preis für das Vierteljahr 6 Mark. Wir bitten, die Bestellung schnellig zu erneuern.

Unsre Leser machen wir noch besonders darauf aufmerksam, daß die Grenzboten regelmäßig jeden Donnerstag erscheinen. Wenn Unregelmäßigkeiten in der Lieferung, besonders beim Quartalwechsel, vorkommen, so bitten wir dringend, uns dies sofort mitzuteilen, damit wir für Abhilfe sorgen können.

Leipzig, im Dezember 1901

Die Verlagsbuchhandlung

Herausgegeben von Johannes Grunow in Leipzig

Verlag von Fr. Wilt. Grunow in Leipzig — Druck von Carl Marquart in Leipzig

